

3619/J XXI.GP

Eingelangt am: 15.03.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Gradwohl, Mag. Maier
und GenossInnen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Ergebnisse und Weiterführung der "Flexibilisierungsklausel"

Die Ergebnisse der Erprobungsphase einzelner Projekte im Rahmen der "Flexibilisierungsklausel" im Bereich des Bundesministeriums für Justiz und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft haben gezeigt, dass deren Anwendung nicht nur zu einer Verbesserung der Leistungs- und Budgetziele geführt hat, sondern auch volle Akzeptanz bei den betroffenen Organisationseinheiten gefunden hat.

Damit liegen nunmehr auch die gewünschten Effekte bzw. die Grundlagen für eine unbefristete Einführung dieses Instrumentes vor.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Welche Dienststellen in welchen Bundesministerien nahmen am Pilotprojekt teil?
2. Welche Erfolge haben die einzelnen teilnehmenden Dienststellen budgetär und leistungsmäßig in den Jahren 2000 und 2001 erzielt?
3. Welche Erfahrungen konnten in den ersten beiden Projektjahren gewonnen werden?
4. Was werden Sie unternehmen, dass es nicht zum vorzeitigen Ende dieser Pilotprojekte kommt?
5. Was werden Sie unternehmen, dass das Verwaltungsreformprojekt "Flexibilisierungsklausel" unbefristet verlängert und bei vielen Bundesdienststellen eingeführt wird?